

V-38 Erdgaspipeline Nord Stream – Schritt zur Schwächung Europas und energiepolitisch nicht notwendig

Antragsteller*in: Oliver Krischer (KV Düren)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

1 Der russische Staatskonzern Gazprom plant den Bau von zwei weiteren Pipelines entlang der
2 bestehenden Nord-Stream-Leitungen als „Nord Stream 3&4“. Damit soll die Kapazität für den
3 direkten Erdgas-Transport von Russland nach Deutschland durch die Ostsee auf 1.200 km um 55
4 Mrd. Kubikmeter pro Jahr erweitert werden. Dabei sind die bestehenden beiden Leitungen nur
5 zu 70 Prozent ausgelastet. Ursprünglich wollte ein Konsortium unter Beteiligung deutscher
6 Firmen wie Uniper und Wintershall die Pipeline bauen. Die Unternehmen haben ihre
7 fusionskontrollrechtliche Anmeldung bei der polnischen Wettbewerbsbehörde nun zwar
8 zurückgezogen, wollen aber weiter prüfen, wie sie den Bau unterstützen. Währenddessen
9 schafft Gazprom weiter Fakten zum Bau um ihren Gasabsatz in Europa zu steigern. Doch die
10 Pipeline ist im Ergebnis ein Deal zu Lasten der Energiewende, der Energieunabhängigkeit -
11 vor allem aber der Europäischen Integration, denn es konterkariert die Ziele der
12 europäischen Energieunion.

13 Anstatt der erhofften Diversifizierung und Verbesserung der Versorgung der EU bringt Nord
14 Stream 3&4 neue Abhängigkeiten von russischem Erdgas. Acht Milliarden Euro werden in eine
15 fossile Energieinfrastruktur investiert, aus der die Welt mit dem Paris-Abkommen eigentlich
16 aussteigen will. Weitere Kosten werden auf den deutschen Steuerzahler durch die notwendige
17 Erweiterung des deutschen Erdgasnetzes zukommen. Dieses Geld fehlt dann für Investitionen in
18 Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Pipelinekapazitäten von Russland nach Europa
19 gibt es genug, nur laufen sie nach Vorstellung des Kreml durch die falschen Staaten: Mit
20 Nord Stream 3&4 würde weit weniger Gas durch die Ukraine fließen. Damit fallen die für die
21 Ukraine wichtigen Transitgebühren weg, was eine weitere Destabilisierung des Landes
22 bedeutet. Das kann nicht im Interesse Deutschlands und Europas sein. Für süd- und
23 osteuropäische Länder bedeutet Nord Stream 3&4 ein Weniger an Versorgungssicherheit. Die
24 Leitungen sind damit ein K.O.-Schlag für eine gemeinsame EU-Energieaußenpolitik und macht
25 die ins Leben gerufene EU-Energieunion zum Torso.

26 Nord Stream 3&4 führt nicht zu einem wettbewerbsorientierten, transparenten und fairen
27 Gasmarkt. Es drängt Konkurrenten, die Europa z. B. über die vorhandenen LNG-Terminals
28 beliefern könnten, vom Markt. Gazprom setzt alles daran, Kontrolle über die gesamte
29 Gasversorgungskette zu erlangen, wie bereits Übernahmen von wichtigen Erdgasknotenpunkten in
30 Österreich und Erdgasspeicheranlagen in Deutschland und den Niederlanden zeigen.

31 Nord Stream 3&4 bringt nicht mehr Versorgungssicherheit für die EU. Dennoch unterstützt die
32 Große Koalition das Projekt aktiv, während sie gleichzeitig die Verlängerung der Sanktionen
33 gegen Russland mitbeschließt. Das ist nicht nur bigott sondern ein weiterer Spaltpilz für
34 Europa. Wer sich Klimaschutz und Energiewende auf die Fahnen geschrieben hat, darf keine
35 Milliardeninvestitionen in fossile Strukturen eines Autokraten ermöglichen – so wie es diese
36 Bundesregierung tut. Sie ermöglicht Russland durch ihren Gasverkauf Militärausgaben – denn
37 ein großer Teil des russischen Staatshaushaltes und damit auch der Militärausgaben wird über
38 den Gasexport finanziert. Eine stärkere Abhängigkeit an das russische Erdgas über North
39 Stream 3&4 würde damit die Militäroperation Russlands in Syrien und anderswo stärken. Das
40 darf weder Deutschland noch die EU wollen.

41 Wir fordern die Bundesregierung auf, sich gegen den Ausbau der Nord-Stream Pipeline durch
42 die Ostsee auszusprechen und auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass das Projekt gestoppt
43 wird. Denn alle geopolitischen, energiepolitischen und klimapolitischen Gründe sprechen
44 dagegen. Die Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) begrüßt die von der Bundestagsfraktion Bündnis
45 90/Die Grünen bereits in einem Antrag im Mai 2016 geforderten Maßnahmen und fordert die
46 Bundesregierung auf, diese schnellstmöglich umzusetzen. Was wir brauchen ist eine
47 Diversifizierung der Erdgasbezugsquellen und vor allem Investitionen in eine Reduzierung des
48 Erdgasverbrauchs, denn über 90 Prozent des importierten Gases werden in oft ineffizienten
49 Heizungs- oder Industrieanlagen verbrannt. Doch bei der Energieeffizienz versagt die
50 Bundesregierung kläglich.

Weitere Antragsteller*innen

Annalena Baerbock (KV Potsdam); Robert Habeck (KV Flensburg); Rebecca Harms (KV Lüchow-Dannenberg); Bärbel Höhn (KV Oberhausen); Omid Nouripour (KV Frankfurt/Main); Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Marieluise Beck (KV Bremen Mitte-östliche Vorstadt); Manuel Sarrazin (KV Hamburg-Harburg); Michael Schäfer (KV Berlin-Mitte); Viola von Cramon (KV Göttingen); Reiner Priggen (KV Aachen); Marcel Ernst (KV Göttingen); Lino Klevesath (KV Göttingen); Andrea Rieger (KV Dahme-Spreewald); Wolfgang Renner (KV Spree-Neisse); Kristian Petrick (KV Berlin-Mitte); Bernd Frieboese (KV Berlin-Reinickendorf); Gilbert Sieckmann-Joucken (KV Segeberg); Werner Weindorf (KV München Stadt)